Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sonst im sonst. inl. Verk. 90 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib. Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inf.-Gesetz. Kollekt.-Anzeigen 100 v. H. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifverhandlungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 13. | Montag, den 18. Januar 1926. | 84. Jahrgang.

Zum 18. Januar.

Wieder jährt sich der Tag, an dem vor nunmehr 55 Jahren das einigt deutsche Reich erstanden ist und mit stummer Ehrfurcht gedenken alle treugesinnten deutschen Männer und Frauen dieses großen Tages. Militärisch einig war Deutschland in den Krieg gezogen, politisch einig mußte es aus demselben zurückkehren. Dies war der Gedanke aller patriotischen Männer Deutschlands. Die Trennung der deutschen Stämme in einen Norddeutschen Bund und süddeutsche Souveränitäten von internationaler unabhängiger Existenz dürfte nicht mehr länger bestehen; es mußte ein einiges Reich unter bundesstaatlichen Formen geschaffen werden. Schon während der großen Kaiserdaten im Sommer 1870 war durch eine Volksversammlung in Berlin an alle Länder des Reiches ein Aufruf gerichtet und an den König von Preußen eine Aufforderung zur Uebernahme der Kaiserkrone erlassen worden. Ohne Einmischung des Auslandes sollte das Deutsche Reich nach dem Willen des deutschen Volkes erstehen. Auch alle süddeutschen Staaten willigten ein und schlossen mit Preußen noch im Lauf des Jahres 1870 ihre Bundesverträge ab, die vom 1. Januar 1871 ab in Kraft traten.

Was lehrt uns der 18. Januar?

Er zeigt uns dreierlei: die Einheit, die Kraft, den Einfluß der Persönlichkeit.

Uneinigkeit und Zerrissenheit waren fast durch zwei Jahrtausende der Fluch Deutschlands gewesen. Diese Mängel und Gebrechen deutscher Art ausnutzend, hatten die Fremdmächte, vor allem die haßerfüllten, nach der Rheingrenze begierigen Franzosen, uns Deutschen immer wieder den Fuß auf den Nacken gesetzt und uns knechten können. Nunmehr hatten wir endlich errungen, was wir brauchten, erstens die Einheit, hiermit zweitens die nationale Kraft, mit deren Hilfe allein die Erstarkung Deutschlands zum Ringen um die Geltung in der Welt möglich war. Drittens lehrt uns der Erinnerungstag des 18. Januar, daß nicht die bloße Masse, nicht die parlamentarische Arbeit, nicht die zufällige Stimmenmehrheit die Dinge eines Volkes zum Guten formen können, sondern daß nur Persönlichkeiten, daß nur Männer das Glück, den Aufstieg, die Macht eines Staates bedingen und bestimmen. Das beweisen uns die Männer von Versailles 1871: König Wilhelm I. mit seinen gewaltigen Beratern Bismarck, der die Politik zum Siege geleitet, und Moltke, der die Heere zum Siege geführt hat.

Heimatland.

Stuttgart, 15. Jan. Der Finanzausschuß des Landtags beschäftigte sich heute mit der Frage der Errichtung einer Fachschule für Vermessungstechniker. Finanzminister Dr. Dehlinger begründete den Antrag der Regierung mit dem Hinweis, daß für die ca. 200 jungen Vermessungstechniker eine planmäßige Ausbildungsgelegenheit seitens des Staates geschaffen werden müsse. Der Aufwand wird auf ca. laufende 8000 M. und auf einmalige 3000 M. für Einrichtungsaufwand geschätzt. Es handle sich zunächst um einen zweisemestrigen Lehrgang; später seien vier Semester in Aussicht genommen. Angenommen wurde ein Antrag Schermann, Heymann, Wider, bei der Neuordnung des Vermessungswesens dafür zu sorgen, daß abgesehen von der Ausbildung einer gewissen Zahl von Vermessungsingenieuren, denen die geodätischen Aufgaben vorbehalten sind, der Geometerdienst als mittlerer Dienst erhalten bleibt. Ferner ein Antrag Scheel, die Einstellung der für Einrichtung einer Fachschule für Vermessungstechniker und Kulturtechniker erforderlichen Aufwendungen mit einmalig 3000 Mark und fortlaufend 8000 Mark im Etat 1926 zu genehmigen. Sodann wurden einige Eingaben wegen Besserstellung betr. Ortsklassenteilung behandelt. Dann beschäftigte sich der Ausschuß mit der geplanten Reform des höheren Schulwesens. Berichterst. Schermann gab ein eingehendes Referat über die Beratungen des Unterausschusses. Der Berichterst. stellte in den Mittelpunkt seiner Beratungen den Grundsatz, daß es sich um den Kampf der Existenz des humanistischen Gymnasiums handele. Auch die Frage der Kurzstunden wurde eingehend erörtert. Die Mehrzahl der Mitglieder sprach sich gegen die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung aus. Auch die Frage der Hochschulbildung wurde erörtert. Ministerialrat Dr. Löffler beantwortete die einzelnen Fragen. Er sprach den Dank der Regierung für die Arbeiten im Unterausschuß und bei der heutigen Beratung aus.

Mainz, 16. Jan. Nach Aßmannshausen kam in der Nacht zum Sonntag ein großer Trupp junger Leute und umstellte das Haus des ehemaligen Bürgermeisters Hilgert. Die Menge drang von der Straße und vom Hof in das Haus ein und zerschlug alle Einrichtungsgegenstände. Der Trupp, der aus etwa 60 Leuten bestanden haben soll, entfernte sich dann lautlos, ohne daß die Täter erkannt oder festgestellt werden konnten. Hilgert war in der Separatistenzeit „Ortskommissar der rheinischen Republik" und erhielt jetzt die Quittung für sein verräterisches Verhalten.

Berlin, 16. Jan. Wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, war im Auswärtigen Ausschuß von den Deutschnationalen ein Zusatzantrag zur Entschließung Rheinbaben eingebracht worden, der Antrag auf Eintritt in den Völkerbund möge nicht gestellt werden, bevor ein befriedigendes Ergebnis in der Herabsetzung der Besatzungsstärke erzielt ist und bevor die Abkürzung der Besatzungsfristen für die zweite und dritte Zone und der Abstimmungsfrist für das Saargebiet sichergestellt ist. Dieser Antrag wurde von dem Ausschuß abgelehnt.

Berlin, 16. Jan. Bekanntlich war vorgesehen, daß die volle Friedensmiete für Wohnungen im ganzen deutschen Reiche am 1. April 1926 in Kraft treten sollte. Angesichts der heutigen Wirtschaftslage machte sich jedoch schon seit einigen Monaten in den Kreisen der Reichsboten die Auffassung geltend, daß die Einführung der vollen Friedensmiete schon zu diesem Zeitpunkte für einen großen Teil der Bevölkerung nicht tragbar sei und eine Hinausschiebung erfolgen müsse. Wie nunmehr aus Darmstadt gemeldet wird, liegt dem Reichstag ein Regierungsantrag vor, nach dem die volle Friedensmiete erst am 1. April 1927 Platz greifen soll.

Der Münchener Rotgardisten-Prozeß.

München, 16. Jan. Der vierte Verhandlungstag begann mit der Vernehmung weiterer militärischer Zeugen. Der damalige Verpflegungsoffizier des Freikorps Lützow bekundet, nach einer Instruktion des Majors Schulz konnte jemand, der mit der Waffe in der Hand betroffen wurde, sofort erschossen werden. Der Major habe Völzing nach der Erschießung der Leute zur Rede gestellt. Wer bei der Haussuchung den Besitz von Waffen leugnete, wurde erschossen, sobald doch Waffen gefunden wurden. Alsdann wird unvereidigt der im Prozeß schon mehrfach genannte Major Schulz vernommen, gegen den Voruntersuchung wegen Teilnahme an der Erschießung eingeleitet ist. Das Gericht wird hierüber erst entscheiden, wenn das Ergebnis des gegenwärtigen Prozesses vorliegt. Der Zeuge hatte den Eindruck, beim Einmarsch der Regierungstruppen in Bayern sich in einem feindseligen Lande zu befinden. Beim Einmarsch in Perlach habe es keine Schwierigkeiten gegeben. Beim Einmarsch in München habe die Truppe mehrfach Verluste gehabt. Die erregte Stimmung der Bevölkerung habe auf die Truppen großen Eindruck gemacht. Der Zeuge hat am 4. Mai seinen Offizieren die Einrichtung eines ständigen Standgerichtes bekanntgegeben, Gefangene entweder zu ihm oder zum Generalkommando zu schicken. Von der Fahrt Völzings nach Perlach habe er keine Kenntnis gehabt. Der Angeklagte Völzing bleibt darauf bestehen, daß er den Befehl von der Abteilung erhalten und nach seiner Rückkehr die Einbringung von Gefangenen gemeldet habe. Major Schulz erklärt demgegenüber, kein Offizier könne sich erinnern, daß am 5. Mai früh bei der Abteilung Gefangene abgegeben worden wären. Völzing behauptet, er hätte ihm, dem Zeugen, Meldung auf der Straße gemacht, da er selbst erst um 9 Uhr aufgestanden sei. Daher habe er auch Völzing nicht sagen können: „Legen Sie die Kerle um." Von der Erschießung habe er erst später erfahren. Auf seine Frage, warum Völzing die Leute erschießen ließ, habe Völzing geantwortet, sie hätten sich widersetzt. Er, der Zeuge, habe dann die Sache Major Lützow gemeldet. Auf Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, Völzing hätte besser daran getan, wenn er die Gefangenen in München seinem Vorgesetzten übergeben hätte. Beim Einmarsch in Bayern sei der Roßke'sche Schießerlaß in Geltung gewesen. — Auf Fragen des Staatsanwalts und der Verteidigung antwortete der Zeuge noch, wenn er eine Meldung erhalten hätte, wäre die ganze Sache nicht geschehen. Im Verlaufe der Verhandlung werden an den Zeugen Major Schulz einige Vorhalte gemacht. Der Angeklagte Prüfert behauptet, Völzing habe ihm befohlen, die Leute noch am gleichen Tag erschießen zu lassen. Darauf entgegnet Schulz, Prüfert habe diesen Befehl befolgen müssen. Der Angeklagte Völzing bezeichnet den Zeugen Schulz als nervös. Ein Versuch, die Gefangenen durch Perlacher oder Münchener Arbeiter zu befreien, wäre nicht ausgeschlossen gewesen. Zeuge Landwirt Hermann Volk, der Leutnant im Freikorps Lützow war, erklärt, er habe an dem ersten Streifzug gegen Perlach teilgenommen, der, wie von Völzing angegeben, wegen der dort ausgebrochenen Unruhen durchgeführt worden sei. Die Meinung, daß die Verhafteten erschossen werden müssen, sei allgemein gewesen. Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt.

Finanzieller Zusammenbruch einer Stadtgemeinde.

Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Koblenz, daß am Freitag in der Bürgermeisterei Bendorf angeordnet wurde, die Gemeindekasse für alle Ausgaben zu schließen. Es wird weder eine Erwerbslosenunterstützung, noch eine Ausgabe für Wohlfahrtszwecke mehr geleistet werden. Bendorf hat augenblicklich etwa 1000 Hauptunterstützungsempfänger. Die Beamten und Lehrer haben ihre Januargehälter noch nicht erhalten. Man erwartet, daß die Regierung eingreift.

Die Fürstenabfindung.

Berlin, 16. Jan. Dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Reichstags ist folgendes Telegramm zugegangen: Göttingen, 14. Jan. Zeitungsnachrichten zufolge ist bei den Verhandlungen des Rechtsausschusses über die Vermögensauseinandersetzung mit den Fürstenhäusern behauptet worden, der Herzog von Sachsen, Koburg und Gotha verhandle über eine Auslandsanleihe unter hypothekarischer Belastung des herzoglichen Hausvermögens. Als Generalbevollmächtigter des Herzogs gebe ich die Erklärung ab, daß an all den Behauptungen kein wahres Wort ist.

Sinkende Einnahmen der Reichsbahn.

Berlin, 16. Jan. Wie die „B. Z. am Mittag" meldet, nehmen die Einnahmen der Reichsbahn in außerordentlich starkem Umfange fast von Tag zu Tag ab. So ist am vergangenen Donnerstag mit einer Tageseinnahme von 10,1 Millionen M. die niedrigste Ziffer seit Bestehen der Reichsbahngesellschaft zu verzeichnen. Wie außerordentlich dieser Rückgang ist, geht daraus hervor, daß im Dezember trotz der scharfen Wirtschaftskrise immerhin noch ein Monatsdurchschnitt von 15 Millionen Mark Tageseinnahme errechnet wurde (November 16,1, Oktober 16,5 und Juli 17,2)

Deutscher Botschafterschritt wegen der Besatzungsfragen.

Berlin, 16. Jan. Die deutschen Botschafter haben, wie die „B. Z. am Mittag" meldet, von der Reichsregierung den Auftrag erhalten, die Regierungen, bei denen sie accreditiert sind, um Aufklärung über die Nachricht betreffend die geplanten Truppenverlegungen im besetzten Gebiet zu bitten. Die Botschafter werden bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die geplante Ueberlastung der 2. und 3. Zone mit den aus der ersten Zone entfernten Truppen als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und gegen die vereinbarten Rückwirkungen anzusehen ist.

Gasvergiftung eines badischen Reichstagsabgeordneten.

Berlin, 16. Jan. Heute vormittag gegen 9,15 Uhr wurde der 56 Jahre alte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Schöpflin aus Karlsruhe, der den 32. Wahlkreis Baden vertrat, in seiner hiesigen Wohnung im Hause Hindersinstr. 4 durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Die sofort alarmierte Feuerwehr bemühte sich um ihn und es gelang ihr, ihn wieder ins Leben zurückzurufen. Nach den angestellten Ermittlungen liegt lediglich Fahrlässigkeit vor.

Ausland.

Rom, 16. Jan. Wie „Popolo di Roma" meldet, ist das Kriegsbudget jetzt um 401 Millionen Lire erhöht worden.

Paris, 16. Jan. Im Finanzausschuß der Kammer teilte Finanzminister Doumer mit, daß die Ausgaben des Schatzamts im Monat Dezember die Einnahmen um 2450 Millionen Franken überschritten hätten.

Frankreich bedauert den Rücktritt Matajas.

Paris, 16. Jan. Der Rücktritt des österreichischen Außenministers Dr. Mataja im Rahmen der österreichischen Kabinettsumbildung erregt hier großes Bedauern. Der „Temps" stellt fest, daß mit Mataja der Mann verschwindet, der das Vertrauen in die Vertragstreue Oesterreichs am meisten rechtfertigte. Dr. Mataja habe sich den Wiederanschlußbestrebungen Oesterreichs auf das Schärfste widersetzt und habe als entschiedener Verfechter der österreichischen Unabhängigkeit gegolten. Es wäre daher denkbar, daß die deutschnationalen Elemente den freiwilligen Rücktritt Matajas als einen Erfolg im Sinne der Wiederanschlußbewegung buchten.

Deutschland als Sklavenstaat.

Berlin, 16. Jan. Nach ergänzenden Meldungen der Morgenblätter aus Newyork über die Rede des amerikanischen Botschafters Garrab, des Mitglieds des Generalrats der deutschen Reichsbank, hat Garrab u. a. ausgeführt: „Wenn die Deutschen willens sind, 10—14 (!) Stunden zu arbeiten, ohne sich vor jegend einer Arbeit zu scheuen, wenn die deutsche Frau als Pferd den beladenen Arbeitskarren ziehen will, wenn der deutsche Knabe nach den Anleitungen seines Vaters den Garten bearbeitet, dann kann der Erfolg und die Ernte nicht ausbleiben."

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 16. Jan. (Volkszählung.) Die Gegenüberstellung der Wohnbevölkerung (im Gegensatz zur ortsanwesenden Bevölkerung) in der Vorkriegszeit und nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 gibt in den einzelnen Gemeinden des Oberamtsbezirks Neuenbürg folgendes Bild:

Gemeinde	Wohnbevölkerung 1914	Wohnbevölkerung 1925	Zu- oder Abnahme in Prozenten
Neuenbürg	2492	2866	plus 15,01
Arnbach	771	787	plus 2,08
Beinberg	270	282	plus 4,44
Bernbach	509	497	minus 2,36
Bieselsberg	478	474	minus 0,84
Birkenfeld	3215	3688	plus 14,69
Calmbach	2576	2757	plus 7,03
Conweiler	1168	1193	plus 2,14
Dennach	469	547	plus 16,63
Dobel	918	915	minus 0,33
Engelsbrand	773	800	plus 3,49
Enzklösterle	349	339	minus 2,87
Feldrennach	1297	1328	plus 2,39
Gräfenhausen	1658	1479	minus 10,80 *)
Grunbach	727	684	minus 5,91
Herrenalb	1322	1932	plus 46,14
Höfen	1177	1227	plus 4,25
Igelsloch	237	214	minus 9,70
Kapfenhardt	374	362	minus 3,21
Langenbrand	512	570	plus 11,33
Loffenau	1481	1515	plus 2,29
Maisenbach	327	367	plus 12,23
Neusatz	477	482	plus 1,05
Oberlengenhardt	266	267	plus 0,38
Oberniebelsbach	252	250	minus 0,80
Ottenhausen	893	894	plus 0,11
Rotensol	389	412	plus 5,91
Salmbach	380	395	plus 3,95
Schömberg	1342	1284	minus 4,32
Schwann	1006	978	minus 2,78
Schwarzenberg	291	338	plus 16,15
Unterlengenhardt	172	193	plus 12,21
Unterniebelsbach	215	235	plus 9,30
Waldrennach	521	520	minus 0,19
Wildbad	4067	5307	plus 30,49

*) Von der Ausgemeindung einer Wohnparzelle nach Neuenbürg herrührend.

Mit einer Einwohnerzahl von 36 378 gegen 33 371 1914 ist der Bezirk Neuenbürg einer der größten in der Umgebung. Der Bezirk Nagold zählt beispielsweise nur 26 468 Einwohner. 23 Gemeinden erfuhren eine Zunahme, davon sehr bedeutend Herrenalb mit 46,14, Wildbad mit 30,49 Prozent, bei 12 Gemeinden ist eine Abnahme der Bevölkerung zu verzeichnen und zwar von 0,11 bis 9,70 bzw. 10,80 % (Gräfenhausen).

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neuenbürg, 17. Jan. Starker Schneefall ist im ganzen Lande eingetreten. Der Winter ist mit seiner ganzen Pracht wieder da. Die Landwirte freuen sich über die schützende Schneedecke. Auch die rodelnde Jugend und die „Brettleshupfer" haben Hochsaison. Aber dort, wo Arbeitslosigkeit und Not herrscht, wo das Geld fehlt, um Brennmaterial zu kaufen, wird der grimmige Winter bitterlich empfunden.

(Wetterbericht.) Die von Süden nordwärts vorgedrungene Depression hat sich verflacht. In Süddeutschland macht sich immer mehr der nordöstliche Hochdruck geltend. Für Dienstag und Mittwoch ist vorwiegend trockenes und frostiges Wetter zu erwarten.

Feldrennach, 16. Jan. (Unlieb verspätet.) Freitag vormittag 9 Uhr brannte das Wohn- und Oekonomiegebäude des Robert Reck bis auf die Grundmauern nieder. Es waren viele Vorräte in Heu usw. vorhanden, an denen das Feuer reiche Nahrung fand. Menschen und Tiere konnten rechtzeitig gerettet werden. Trotzdem die Feuerwehr rasch zur Stelle war, konnte das Haus nicht mehr gerettet werden. Das Feuer entstand beim Auftauen der eingefrorenen Wasserleitung.

Schwarzenberg, 18. Jan. Am heutigen Tage feiern Gemeindepfleger Jakob Kraft und seine Frau Regina je ihren 60. Geburtstag. Gemeindepfleger Kraft darf schon ca. 20 Jahre auf sein Amt zurückblicken. Wir gratulieren!

Württemberg

Freudenstadt, 17. Jan. (Murgtalbahn als Notstandsarbeit.) Der Verwaltungsausschuß des Bezirksarbeitsamts beschäftigte sich mit der Frage, die große Anzahl der Arbeitslosen im Bezirk (800—900) einer produktiven Notstandsarbeit zuzuführen. Neben Notstandsarbeiten durch die größeren Gemeinden kam allseitig zum Ausdruck, daß die Weiterführung der Murgtalbahn als Notstandsarbeit ein dringendes Bedürfnis sei. Es wurde beschlossen, im Falle der Aufnahme der Arbeit Zuschüsse in Aussicht zu stellen und an die Reichsbahndirektion Stuttgart, das württ. Arbeitsministerium, das Landesamt für Arbeitsvermittlung und an die benachbarten badischen Arbeitsämter heranzutreten, daß die Weiterführung der Bahnbauarbeiten als Notstandsarbeit von den maßgebenden Stellen anerkannt, finanziert und mit den Arbeiten in tunlichster Bälde begonnen wird.

Altensteig, 16. Jan. (Unglücksfall.) Beim Langholzführen verunglückten hier gestern zwei 18jährige Arbeiter der Möbelschreinerei Schaible so schwer, daß beide in das hiesige Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Während der eine mit einer Armverletzung davon kam, erlitt der andere durch einen Pferdetritt eine schwere Gesichtsverletzung und durch den über ihn hinwegfahrenden Wagen einen Schienbeinbruch.

Stuttgart, 18. Jan. (Protestkundgebung des württ. Handwerks.) Wie wir hören, findet am Sonntag, den 24. Januar, vormittags ½11 Uhr, im Gustav Siegle-Haus hier eine Protestkundgebung des schwäbischen Handwerks gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf über die sogenannte Förderung des Preisabbaus statt. Nach Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks stellt das beabsichtigte Gesetz lediglich ein Ausnahmegesetz gegen das Handwerk dar, das unter allen Umständen zu Fall gebracht werden müsse. Mit einer großen Teilnehmerzahl ist zu rechnen. Der Hauptredner der Tagung, Landtagsabgeordneter Henne-Tübingen, spricht über das Thema „Ein Ausnahmegesetz gegen das Handwerk".

Stuttgart, 15. Jan. (Vom Hotelgewerbe.) Auf Einladung der Vereinigung Stuttgarter Hotelbesitzer fand heute abend eine Besprechung über Stuttgarter Hotel- und Verkehrsangelegenheit statt. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Wilh. Marquardt gab Hotelbesitzer Banzhaf einen Ueberblick über die schlechte Lage der Stuttgarter Hotelbesitzer und wies nach, daß die Zimmerpreise in Stuttgart weit hinter der Kapitalverzinsung zurückstehen. Die Ursachen liegen besonders bei den hohen Steuern namentlich bei der Reichsbeherbergungssteuer, der Fremdensteuer, bei der Umsatzsteuer und nicht zuletzt bei der Gebäudeentschuldungssteuer, die namentlich für die württembergischen Kurorte, die während des Winters nicht besetzt seien, äußerst drückend sei. Trotz des Ausstellungs- und Tagungssommers 1925, um den sich die Stadtverwaltung Stuttgart sehr bemüht habe, seien die Ergebnisse im Hotelgewerbe unbefriedigend, da von den Hotelgästen höchstens ⅔ im Hotel das Frühstück und höchstens die Hälfte im Hotel das Mittag- und Abendessen einnähmen. Früher habe die Hofhaltung der württembergischen Fürsten eine große Anziehungskraft für Stuttgart gehabt. Heute begrüße er die Bestrebungen der Stadt Stuttgart, neue Anziehungsmöglichkeiten für Stuttgart zu schaffen, so insbesondere den Ausbau der Villa Berg, ferner das Glockenspiel und die Anschaffung des Planetariums. Als Zukunftsaufgaben sehe er die Anschaffung eines zoologischen Gartens und den Ausbau der Berger Mineralquellen. Hieran schloß sich eine längere Diskussion an.

Stuttgart, 17. Jan. (Brotpreise in den Bahnhofwirtschaften.) Um die Bestrebungen nach einem weiteren Preisabbau zu unterstützen und das Publikum wieder an den Gebrauch von Kupfermünzen zu gewöhnen, hat der Verband der württembergischen Bahnwirte auf Anregung der Reichsbahndirektion Stuttgart die Verkaufspreise für Einzelbrote, einschl. der Tafelbrote, Wecken und Brezeln, soweit diese bisher 5 Pfg. betrugen, in den Betrieben seiner Mitglieder mit sofortiger Wirkung allgemein auf 4 Pfg. das Stück ermäßigt.

Stuttgart, 16. Jan. (Beleidigung durch die Presse.) Das Schöffengericht hat den Redakteur Queck von der „Südd. Arbeiterzeitg." wegen Beleidigung von Oberrechnungsrat Schöck vom Städt. Nachrichtenamt zu 300 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Bei der Beleidigungsklage, die von der Stadtverwaltung ausging, handelt es sich um die Flucht des Kommunisten Bohla aus dem Katharinenhospital im November 1924.

Kirchheim u. T., 17. Jan. (Todesfall.) Der langjährige Stadtvorstand Stadtschultheiß a. D. Kröner ist unerwartet rasch im Alter von 84 Jahren gestorben. Er wurde 1878 in das Amt eingesetzt und war am 30. Juni 1908 in den Ruhestand getreten.

Rottenburg, 16. Jan. (80. Geburtstag.) Den 80. Geburtstag feierte am Samstag Kunstmaler Karl Dehner, dessen Name einst weit über Rottenburg hinausdrang. In seinem Beruf hat Kunstmaler Dehner eine ganze Reihe von Kirchen erneuert, zum Teil in Verbindung mit Münchener Künstlern. In der Heimat wurde ihm u. a. die Ausmalung der Kirchen im Weggental, z. St. Moriz-Ehingen und der evangel. Stadtpfarrkirche sowie Poltringen und Horb übertragen.

Schwenningen, 16. Jan. (Die Aussperrung in der Uhrenindustrie.) Hier werden etwa 8000 Arbeiter von der Aussperrungsmaßnahme des Uhrenverbandes betroffen. Die Zahl der Ausgesperrten im ganzen Verbandsgebiet dürfte 24 000 erreichen.

Tuttlingen, 16. Jan. (Entsprungen.) Zu der Verhaftung des Autobesitzers Adolf Hummel wird mitgeteilt, daß Hummel von einem Kriminalbeamten von Augsburg ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis vorgestern verbracht werden sollte. Zwischen Beuron und Fridingen sprang Hummel aus dem fahrenden Zug und hat die Flucht ergriffen. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen, jedoch bisher ohne Erfolg.

Deggingen, OA. Geislingen, 16. Jan. (Leichenfund.) Vor nahezu zwei Jahren hatte sich der angesehene Oekonom Titus Bucher von zu Hause entfernt und alles Suchen in der Umgebung war vergebens. Am Donnerstag fanden nun Holzarbeiter in einer dichten Tannenkultur der hinteren Nordalb einen Leichnam, der als derjenige des Bucher erkannt wurde. Er hatte durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Die durch die Inflation herbeigeführten Vermögensverluste dürften Bucher zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Obermarchtal, OA. Ehingen, 16. Jan. (Zwölf Schweine verbrannt.) In den Schweinestallungen des Tiber Müller brach nachts Feuer aus. Ein Ueberspringen auf die Scheuer konnte mit Mühe verhütet werden. Doch fielen dem Brande zwölf Schweine zum Opfer, von denen acht am andern Tag hätten abgeliefert werden sollen.

Wangen, OA. Laupheim, 16. Jan. (Tödlicher Unglücksfall.) Der verheiratete 47 Jahre alte Maurer und Landwirt Alfons Baur war am Dienstag auf seinem Grundstück mit dem Fällen eines Baumes beschäftigt, wurde aber dabei infolge vorzeitigen Fallens des Baumes am Kopfe so schwer verletzt, daß er andern Tages, nachdem er das Bewußtsein verloren hatte, gestorben ist.

Gerabronn, 16. Jan. (Unglücklicher Sturz.) In Oberweiler bei Gerabronn wollte die etwa 25jährige Tochter des Anwalts H. letzte Woche Futter von der Scheuer in den Stall tragen, dabei rutschte sie aus und fiel derart zu Boden, daß sie einen Schenkelbruch erlitt. Zwei Tage später mußte sie ins Krankenhaus Gerabronn gebracht werden und sich einer Blinddarmoperation unterziehen.

Spaichingen, 17. Jan. (Betriebseinschränkung.) Auch am hiesigen Platz geht das Geschäft nicht flott. Dies trifft namentlich für die Möbel- und Schuhbranche zu. Die Möbelfabrik Gustav Bühler, die größte am Platze, hat Kurzarbeit eingeführt und zwar 31 Stunden in der Woche. Es ist damit zu rechnen, daß noch weitere Betriebseinschränkung erfolgt.

Leutkirch, 16. Jan. (Vorsicht beim Auslassen von Butter!) In der Nähe von Wurzach wollte eine Landwirtsfrau Butter auslassen. Als sie auf einen Augenblick die Küche verließ, um nach ihrem weinenden Kinde zu sehen, fing die zerlassene Butter wohl durch Ueberlaufen Feuer, das auf das danebenstehende Holz übergriff. Zu allem Unglück stand noch in der Nähe eine gefüllte Erdölkanne, die umfiel und deren Inhalt sich über Tisch und Stühle ergoß, sodaß in kürzester Zeit die ganze Küche lichterloh brannte. Der herbeigerufene Ehemann konnte mit Hilfe dienstbereiter Personen den Brand löschen, bevor er eine größere Ausdehnung annahm. Es kann nicht oft und eindringlich genug den mit solchen Arbeiten betrauten Personen gesagt werden, daß zum Butterauslassen nur hohe Gefäße verwendet werden sollen, die ein Ueberlaufen der erhitzten Butter unmöglich machen. Auch darf das Feuer nur mäßig unterhalten werden. Am sichersten ist es, wenn die betreffende Person solange die Butter steigt, den Herd nicht verläßt. Wenn diese Maßregeln beachtet werden, ist ein Ueberlaufen oder Feuerfangen des Butterschmalzes ausgeschlossen.

Die Verteilung der Konfessionen in Württemberg auf Gemeinden. Die letzte Volkszählung hat ergeben, daß es in Württemberg 60 Gemeinden ohne evangelische Bevölkerung gibt. Diese Gemeinden verteilen sich auf 16 Oberämter. Ohne katholische Einwohner sind 1691 Gemeinden in 38 Oberämtern. Die israelitische Bevölkerung verteilt sich auf 1721 Gemeinden in 58 Oberämtern. Ohne jüdische Einwohner sind fünf Oberämter, nämlich Herrenberg, Spaichingen, Urach, Welzheim und Ehingen.

Baden

Pforzheim, 16. Jan. In sinnlos betrunkenem Zustand wurden in der Nacht zum 16. Januar zwei Personen auf der Straße liegend aufgefunden und auf die Polizeiwache gebracht. Da bei einem der Betrunkenen bereits Alkoholvergiftung vorlag, mußte er mit dem Sanitätsauto ins Krankenhaus gebracht werden.

Mannheim, 16. Jan. In der Familie des Gastwirts Ludwig Kappes sind seit der kürzlichen Geburt eines Mädchens in der Familie fünf Generationen, also Urgroßmutter, Urgroßmutter, Großmutter, Mutter und Kind, vertreten.

Vermischtes

Entflohen und wieder festgenommen. Der vor einigen Tagen in Augsburg verhaftete frühere Autohändler Adolf Hummel von Gutenstein hat sich wieder ein neues Stückchen erlaubt. Er befand sich mit zwei Kriminalbeamten auf dem Transport nach Stuttgart und fuhr in Sigmaringen durch. Einem Bekannten gegenüber, der gleichzeitig im Zug saß, stellte er sich als Generalvertreter einer Stuttgarter Automobilfirma vor. Bei Beuron riskierte er dann seinen letzten Streich (vielleicht ist es nicht einmal der letzte), indem er aus dem Zuge sprang. Erst in Fridingen a. D. wurden die Kriminalisten auf sein Verschwinden aufmerksam. Mit Müh und Not konnten sie den fahrenden Zug noch verlassen. Von Irrendorf soll Hummel dann nach Stetten a. Kalten Markt um ein Auto telephoniert haben, das auch eintraf. Nachdem die Kriminalisten sich mit dem nächsten Zug nach seiner Heimat Gutenstein begaben, lenkte auch Hummel seinen Wagen dorthin. Bei seiner Ankunft wollte man ihn verhaften; er verschwand jedoch vor den Augen seiner Begleiter. Erst um Mitternacht wagte er sich an sein (der Konkursmasse verfallendes) Haus heran und wurde dann aber endgültig festgenommen. Jetzt befindet er sich, wie man hört, im Amtsgerichtsgefängnis in Meßkirch. Ob sein Tun und Treiben nun ein Ende gefunden hat, läßt sich bei unverfrorenen Raffinesse des Hummel kaum feststellen.

Die Rehe auf dem Eis. Am Sonntag nachmittag war einigen Spaziergängern, die sich in der Nähe des Weihers bei Buxheim (Bayern) aufhielten, ein seltener Anblick geboten. Es erschienen plötzlich am jenseitigen Waldesrand vier Rehe, die schnellen Laufes auf den Weihersee kamen und zum großen Erstaunen der Zuschauer sich auf den nur wenig gefrorenen See wagten. Sie kamen etwa bis zur Mitte des Weihers wo alle vier Rehe einbrachen und sich nur teilweise retten konnten. Eines konnte wohlbehalten das Ufer erreichen, ein weiteres wurde mittels herbeigeholtem Boot gerettet, eines war inzwischen im kalten Wasser verendet. Das letzte konnte nicht mehr gesucht werden.

Was kostet der Reichstag? Nach dem Etat für 1926 erfordert der Reichstag mit seinen 493 Abgeordneten einen Gesamtzuschuß von 6 636 355 M. Für die Herstellung der Reichstagsdrucksachen sowie Beschaffung an Zeitungen und Druckschriften sind 300 000 M. erforderlich. Für die Entschädigung an die Eisenbahnen für die Freifahrt der Mitglieder des Reichstages werden 1 105 500 M. angefordert; dazu kommen noch 3000 M., die die Deutsche Reichspost zur Ablösung des Fahrgeldes für die von den Reichstagsabgeordneten unentgeltlich benutzten Kraftpostlinien erhält. Die Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten beträgt nach dem vom 1. Dezember 1924 ab geltenden Monatssatz von 618,75 M für 493 Abgeordnete 3 660 525 M. Außerdem sind noch rund 14 000 M. in dem Etat eingestellt für Tagegelder, die die Abgeordneten an plenarsitzungsfreien Tagen für Ausschußsitzungen erhalten. Als Ausgaben für die Untersuchungsausschüsse sind zunächst 8000 Mark gegenüber 17 000 M. im Jahre 1925 veranschlagt. Die Herabsetzung dieses Etattitels erklärt sich dadurch, daß noch abzuwarten bleibt, ob noch Kosten für Untersuchungsausschüsse entstehen werden. Für den Wirtschaftsbetrieb im Reichstagsgebäude sind 30 000 M. Zuschuß eingesetzt, während im Rechnungsjahr nur 22 000 M. erforderlich waren.

Ein Güterwagen ausgeraubt. In der Nacht vom 14. 15. Januar wurde ein Wagen eines Güterzuges Berlin—Ha burg zwischen Berlin und Wittenberge ausgeraubt. Auf Böschung des Bahnkörpers fand man auf einer Strecke etwa 100 Kilometern die von den Dieben aus dem fahrenden Zuge herausgeworfenen Güter.

30 Millionen Auslanddeutsche! Durch die Friedensdiktate ist bekanntlich die Zahl der Auslandsdeutschen ganz erheblich gewachsen. Nach neuesten Mitteilungen leben in den Vereinigten Staaten 15—20 Millionen, in Kanada 500 000, in Mittel- und Südamerika 620 000 Deutsche; in Australien 100 000, Afrika 40 000, in Asien einschließlich des Kaukasus 180 000. Europa gehören über 10 Mill. deutsche Stammesbrüder zum Reich: zu den baltischen Staaten Esthland, Lettland, Memelgebiet und Litauen 278 000, zu Polen nach Ausweisung von rund 1 Mill. Deutscher 900 000, zur Tschechoslowakei 4 Mill., zu Rußland 1 Mill., zu Südslavien nach Ausweisung von 100 000 immer noch 450 000, zu Italien (Südtirol) 250 000, Rumänien 800 000, Belgien 77 000, Elsaß-Lothringen, 150 000 Deutsche ausgewiesen wurden, 1 450 000, zu Dänemark (Nordschleswig) 40 000; Danzig hat 330 000 Deutsche. 30 Millionen, also der dritte Teil aller Deutschen, sind Auslanddeutsche, teils infolge der Auswanderung, teils auf Grund der Friedensverträge. Um so mehr müssen wir die geistige und kulturelle Einheit des Deutschtums in der Welt herstellen und pflegen.

Die Wolfsplage in Sibirien. Die Wolfsplage in Sibirien nimmt ein geradezu ungeheures Ausmaß an. So haben die Wölfe im vergangenen Jahre in den Gouvernements Akmolinsk 50 000 Stück Vieh aufgefressen. Abteilungen der Roten Armee sind zur Bekämpfung der Wolfsplage ausgesandt worden.

Ernst oder Spaß? In dem soeben erschienenen Theaterheft des „Querschnitts" (Propyläen-Verlag, Berlin) finden wir u. a. folgende Possart-Anekdote: In einem Streit wird der Schauspieler Suske in München handgreiflich und versetzt Possart eine Ohrfeige. Possart bewahrte seine Würde und fragt: „Herr Suske, ist das Ernst oder Spaß?" Suske: „Ernst natürlich!" Possart (mit Würde): „Dann ist es gut, solche Späße kann ich nämlich nicht vertragen."

Der unzuverlässige Wetterprophet. In „Reclams Universum" lesen wir folgende heitere Geschichte: Ein Bauer wartete sehnsüchtig auf gutes Wetter. Als er morgens erwachte, galt sein erster Blick dem Barometer, das schönste Wetter anzeigte. Aber draußen regnete es. Wütend nimmt er das Wetterglas vom Nagel, trägt es ans Fenster und schreit: „guck naus, wias regnet!"

Handel und Verkehr

Stuttgart, 16. Jan. (Obst- und Gemüsemarkt). Edeläpfel bis 35, Tafeläpfel 15—25, Walnüsse 35—40, Kartoffeln 4—5, Endiviensalat 10—18, Wirsing (Kohlkraut) 8—10, Filderkraut 5—7, Weißkraut rund 5—7, Rotkraut 7—9, Blumenkohl pro Stück 70—80, Rosenkohl 15—25, ½ Kg. 35—45, Roterüben ½ Kg. 6—8, gelbe Rüben 7—, Zwiebel ½ Kg. 7—12, Rettiche 1 Stück 3—6, Sellerie 1 Stück bis 25, Schwarzwurzeln 35—45, Kolraben 3—6.

Neueste Nachrichten

Stuttgart, 16. Jan. Der Abg. Heymann hat im Landtag folgende Kleine Anfrage gestellt: Die bayerische Regierung hat dem bayerischen Landtag den Antrag unterbreitet, künftig bei Erkrankungen von Staatsbeamten keine Notstandsbeihilfen mehr zu gewähren, sondern aus den hierfür verwandten Mitteln Staatszuschüsse zu Krankenversicherungsbeiträgen für die Beamten und ihre versorgungsberechtigten Angehörigen zu leisten. Die Zuschüsse sollen bei den Besoldungsgruppen 1— die Hälfte, bei den Besoldungsgruppen 4—6 ein Drittel und bei den Besoldungsgruppen 7—9 ein Fünftel der Versicherungsbeiträge betragen. Ist das württembergische Staatsministerium bereit, für die württembergischen Beamten und ihre Angehörigen, unter Einbeziehung der in den zeitweiligen oder dauernden Ruhestand versetzten Beamten, eine auf ähnlicher Grundlage aufgebaute allgemeine Krankenversicherung zur Durchführung zu bringen?

Stuttgart, 16. Jan. Vom Zentrum ist folgende Kleine Anfrage gestellt worden: Ist das Staatsministerium bereit 1. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Anträge auf Gewährung einer Vorzugsrente mit größter Beschleunigung erledigt werden? 2. jetzt schon auf eine Besetzung der Aufwertungsstellen mit ausreichendem Personal Bedacht zu nehmen?

Godesberg, 17. Jan. Die Besatzungstruppen sind Freitag aus Godesberg abgerückt. Ein kleines Aufräumungskommando ist noch zurückgeblieben, das aber ebenfalls in einigen Tagen abziehen wird.

Berlin, 17. Jan. In dem Lohn- und Tarifstreit zwischen der deutschen Reichsbahngesellschaft und dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und dem Allgemeinen Eisenbahnerverband ist der am 29. Dezember 192 gefällte Schiedsspruch durch Verfügung des Reichsarbeitsministers vom 16. Januar 1926 auf Antrag der Eisenbahnerverbände für verbindlich erklärt worden.

Berlin, 17. Januar. In Greifswald ist nach Blättermeldungen ein Mann, der sich Oberleutnant Lange nennt, unter dem Verdacht verhaftet worden, an den Fememorden als Täter oder Gehilfe beteiligt gewesen zu sein. Gestern ist der mit der Untersuchung der Fememorde beauftragte Richter aus Landsberg a. d. Warte in Berlin eingetroffen. Er hat die im Moabiter Untersuchungsgefängnis untergebrachten in Betracht kommenden Gefangenen, besonders Schulz und Klapproth, eingehend verhört.

Berlin, 17. Jan. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." haben die beiden Vorsitzenden des Landarbeiterverbands, die deutschnationalen Abgg. Behrens und Moyer, im Zusammenhang mit der Angelegenheit des Oberleutnants Schulz, dem von dem Christlichen Zentralverband der Landarbeiter Geldmittel zur Verfügung gestellt wurden, ihre Vorstandsämter bis zur Klärung der Angelegenheit niedergelegt.

Berlin, 17. Jan. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des thüringischen Landtags über die Vorwürfe gegen die Regierung, daß sie die Justizbehörden in politischen Prozessen unzulässig beeinflußt hätten, vor dem auch der Fall des Oberstaatsanwalts Dr. Friebers verhandelt werden soll, ist nunmehr zusammengetreten. Zum Vorsitzenden wurde der volksparteiliche Abgeordnete Bauer, zum Stellvertreter der demokratische Abgeordnete Moog gewählt.

Berlin, 17. Jan. Der Reichsgründungstag wurde gestern von einer Reihe von Vereinigungen und Verbänden, darunter den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, durch festliche Veranstaltungen gefeiert. — Auf dem Berliner Arbeitsmarkt hält bei ständig sich verminderndem Stellenangang die rapide Steigerung der Arbeitslosigkeit an, die sich jetzt auf rund 189 000 Personen erstreckt. Der Einwohnerzahl Berlins gegenübergestellt, beträgt die Arbeitslosigkeit rund 4¾ v. H., das bedeutet, daß jeder 21. Berliner Einwohner erwerbslos ist.

Rom, 18. Jan. Der Maler Marinetti sandte an Farinacci ein Telegramm, in dem er namens der von ihm gegründeten „Brennerwacht" für eine radikale Italianisierung der italienischen Grenzen eintritt und dem Sekretär der faszistischen Partei die Grüße der Generalversammlung entbietet. Farinacci antwortete in einem Danktelegramm, daß er die Gründung billige.

Madrid, 18. Jan. Nach spanischen Meldungen soll Abd el Krims Lage infolge Geld- und Munitionsmangels außerordentlich ernst sein.

London, 18. Jan. Reuter berichtet aus Damaskus, daß verschiedene Dörfer im Umkreis von 15 Meilen um die Stadt wegen Unter-
stützung von Banden, die di
Franzosen eingeäschert worden
heißt, Truppen in Esraa, um
Dschebel-Drus zu unternehmen

Oslo, 18. Jan. Der Da
31. Dezember mit einer Ladun
gegangen ist, hat seinen Bestimm
daß das Fahrzeug untergegan

Stockholm, 18. Jan. Di
den Stockholmer Schären verc
Weihnachtsbaums fand einen
Alter von 14 und 15 Jahren,
über das Eis mit einem Schli
eine offene Stelle und ertranken
werden.

Notlage de

Am 8. Januar d. J. ha
von Vertretern der im Wür
ten Kassen Württembergs sic
die finanzielle Notlage, in
katastrophale Ansteigen der
hervorgerufenen enormen A
und Arzneimittelkosten gefor
lung wurde festgestellt, daß
stillegungen ganze Belegscha
und von den Aerzten die Ar
haben, welche die Vorauss
bildet. Sofort eingeleitete e
bis jetzt noch keinen durchg
heblicher Teil der Herren
der Krankenkassengelder fin
beitsunfähigkeit nicht die So
traglich verpflichtet ist, das
letzten Wochen vorgenomme
suchungen, bei denen häufig
ten vom Vertrauensarzt fest
nicht arbeitsunfähig waren
geld bezogen haben. Daß ei
der Aerzteschaft, so human d
für die Mittel der Kranken
liegt auf der Hand. Eine K
Krankengelder wöchentlich au
Krankengeldausgaben bis zu
wendungen für Krankengeld
größten Teil der Beitragse
Ausgaben wird verstärkt dur
beiträgen, hervorgerufen d
und Stillegungen und durch
zahlung. Teilweise haben
Beitragsaußenstände, deren
notwendig ist. Die bescheiden
kassen in den beiden letzten
stehens, die **Krankenkassen**
machen konnten, sind bei die
gesetzt. Versuche, Darlehen
nen nennenswerten Erfolg.
nach einem Ersatz für ihren
begreiflich. Die Krankenkassen
Ausgaben der Erwerbslosenfi
in der Tatsache, daß die Ba
den meisten Fällen wesentlich
gen der Erwerbslosenfürsorge
Krankenkassen in Anspruch
hat deshalb folgende

Entsch

einstimmig angenommen:

„Die am 8. Januar 192
gart tagende Vertreterver
kassenverbands stellt fest,
Krankenkassen eine Folge d
beitslosigkeit ist, und daß d
nur entgegengetreten werde
der Erwerbslosenfürsorge
tung, deren Leistungen den
sicherungen angeglichen wer
halb an die Reichsregierung
Ersuchen, diese Ausgestaltun
möglichster Beschleunigung

Erfreulicherweise haben a
bandes die Notlage der Kasse
Gefahren erkannt und haben
ren Aerzte dringend ersucht,
keit mit besonderer Sorgfalt
ben. Aber auch die Versich
Rücksicht auf die wirklich Kr
sich in noch größerer Notlage
die Krankenkassen vor einer K
Arzt nur dann aufsuchen, we
ist. Die Vertreterversammlun
daß eine Aufklärung der bet
mit dazu beiträgt, die Gefahr
ergeben haben, erheblich einzu

Anmerkung der Schriftl.:
stehendem verweisen wir auf
täler" enthaltenen Artikel, wel

Urteil im Prozeß in de

Saarbrücken, 16. Jan. J
Schäfer wurde heute abend
Zimmer wurden freigesprochen
mis, Steigner ein Jahr und
Verurteilung erfolgte wegen
Sprengstoffgesetzes in Verbindu
Schuldfrage auf Nötigung wu
für Steigner deshalb höher
aus gewinnsüchtigen Motiven

Urteil im bayerische

Leipzig, 16. Jan. In der
Kommunisten Mayer, Simmet
gendes Urteil verkündet: Die
werden wegen Vergehens
setzes und Beihilfe zum Hoch
Jahre sechs Monate Gef
Simmet zwei Jahre und sechs
Geldstrafe. Ihnen wurden ze
die Geldstrafe als durch die U
rechnet. Gegen fünf Angeklagte
welches das Verfahren eingestel

Dr. Eckener

Hannover, 17. Jan. In d
kündigten Vortrag Dr. Eckener
die Hannoversche Presse im Fe
Empfangsabend veranstaltete,
herrschaft im städt. Opern- u
Dr. Eckener sprach etwa 1½ S
Bedeutung der Zeppelin-Eckene
sich, sagte er, gewiß in einer
Friedrichshafener Werke, die b
stätten, nicht zugrundegehen sol

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sprengung von Banden, die die Beirut-Bahn unterbrachen, von den Franzosen eingeäschert wurden. Die Franzosen versammeln, wie es heißt, Truppen in Esraa, um bei gutem Wetter einen Angriff gegen Dschebel-Drus zu unternehmen.

Oslo, 18. Jan. Der Dampfer „Jotsford" aus Tromsö, der am 31. Dezember mit einer Ladung Korn von Stettin nach Bergen abgegangen ist, hat seinen Bestimmungsort nicht erreicht. Man befürchtet, daß das Fahrzeug untergegangen ist.

Stockholm, 18. Jan. Die von einer Lehrerin eines Dorfes in den Stockholmer Schären veranstaltete Feier der Plünderung eines Weihnachtsbaums fand einen tragischen Abschluß. Vier Knaben im Alter von 14 und 15 Jahren, die nach der Feier in der Dunkelheit über das Eis mit einem Schlitten nach Hause fuhren, gerieten an einer offenen Stelle und ertranken. Die Leichen sind noch nicht gefunden worden.

Notlage der Krankenkassen.

Am 8. Januar d. J. hat in Stuttgart eine Versammlung von Vertretern der im Württ. Krankenkassenverband vereinigten Kassen Württembergs stattgefunden. Den Anlaß hiezu bot die finanzielle Notlage, in welche die Krankenkassen durch das **katastrophale Ansteigen der Krankenziffern** und die dadurch hervorgerufenen enormen Ausgaben an Krankengeldern, Arzt- und Arzneimittelkosten gekommen sind. In dieser Versammlung wurde festgestellt, daß in vielen Bezirken **bei Betriebsstillegungen ganze Belegschaften sich geschlossen krank gemeldet und von den Aerzten die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt erhalten** haben, welche die Voraussetzung für den Krankengeldbezug bildet. Sofort eingeleitete energische Gegenmaßnahmen hatten bis jetzt noch keinen durchgreifenden Erfolg. Ein leider erheblicher Teil der Herren Aerzte, welche doch die Treuhänder der Krankenkassengelder sind, hat bei der Prüfung der Arbeitsunfähigkeit nicht die Sorgfalt angewendet, zu der sie vertraglich verpflichtet ist, das zeigen die Ergebnisse der in den letzten Wochen vorgenommenen vertrauensärztlichen Untersuchungen, bei denen häufig bei 70 bis 90 Proz. der Untersuchten vom Vertrauensarzt festgestellt werden mußte, daß sie nicht arbeitsunfähig waren und deshalb zu Unrecht Krankengeld bezogen haben. Daß ein derartiges **Versagen eines Teiles der Aerzteschaft,** so human die Beweggründe auch sein mögen, für die Mittel der Krankenkassen geradezu verheerend wirkt, liegt auf der Hand. Eine Kasse, die sonst ungefähr 8000 RM. Krankengelder wöchentlich auszahlte, hatte in den letzten Wochen Krankengeldausgaben bis zu 35 000 RM. gemeldet. Die Aufwendungen für Krankengeld allein verschlingen zur Zeit den größten Teil der Beitragseinnahmen. Die Wirkung dieser Ausgaben wird verstärkt durch den **Ausfall an Krankenkassenbeiträgen,** hervorgerufen durch die Betriebseinschränkungen und Stillegungen und durch **die Verzögerung in der Beitragszahlung.** Teilweise haben die Krankenkassen ganz erhebliche Beitragsaußenstände, deren rasche Beitreibung unumgänglich notwendig ist. Die bescheidenen Rücklagen, welche die Krankenkassen in den beiden letzten Jahren wegen des allseitigen Bestrebens, die **Krankenkassenbeiträge möglichst herabzusetzen,** machen konnten, sind bei dieser Beanspruchung sehr bald aufgezehrt. Versuche, Darlehen aufzunehmen, hatten bis jetzt keinen nennenswerten Erfolg. Daß die entlassenen Versicherten nach einem Ersatz für ihren Lohnausfall sich umsehen, ist sehr begreiflich. Die Krankenkassen können aber nicht auch noch die Ausgaben der Erwerbslosenfürsorge erfüllen. Allerdings liegt in der Tatsache, daß die Barleistungen der Krankenkassen in den meisten Fällen wesentlich höher sind, als die Unterstützungen der Erwerbslosenfürsorge, ein großer Anreiz, zunächst die Krankenkassen in Anspruch zu nehmen. Die Versammlung hat deshalb folgende

Entschließung

einstimmig angenommen:

„Die am 8. Januar 1926 im Stadtgartensaale in Stuttgart tagende Vertreterversammlung des Württ. Krankenkassenverbands stellt fest, daß die derzeitige Notlage der Krankenkassen eine Folge der erschreckend zunehmenden Arbeitslosigkeit ist, und daß dieser Notlage der Kassen wirksam nur entgegengetreten werden kann durch eine Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge zu einer Erwerbslosenversicherung, deren Leistungen den Barleistungen der Krankenversicherungen angeglichen werden. Die Versammlung stellt deshalb an die Reichsregierung und den Reichstag das dringende Ersuchen, diese Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge mit möglichster Beschleunigung in die Wege zu leiten."

Erfreulicherweise haben auch die Vertreter des Aerzteverbandes die Notlage der Kassen und die in ihr schlummernden Gefahren erkannt und haben in einem Rundschreiben die Herren Aerzte dringend ersucht, die Prüfung der Arbeitsunfähigkeit mit besonderer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorzunehmen. Aber auch die Versicherten selbst sollten — schon mit Rücksicht auf die wirklich Kranken und Arbeitsunfähigen, die sich in noch größerer Notlage befinden —, mit dazu beitragen, die Krankenkassen vor einer Katastrophe zu bewahren und den Arzt nur dann aufsuchen, wenn dies auch wirklich notwendig ist. Die Vertreterversammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß eine Aufklärung der beteiligten Kreise durch die Presse mit dazu beiträgt, die Gefahren, die sich für die Krankenkassen ergeben haben, erheblich einzudämmen.

(Anmerkung der Schriftl.: Im Zusammenhang mit Vorstehendem verweisen wir auf die in Nr. 1 und 10 des „Enztäler" enthaltenen Artikel, welche dieselben Ziele verfolgen.)

Urteil im Prozeß in der Angelegenheit Schöttler.

Saarbrücken, 16. Jan. Im Prozeß in der Angelegenheit Schöttler wurde heute abend das Urteil gefällt. Schindler und Immer wurden freigesprochen. Ebel erhielt ein Jahr Gefängnis, Steigner ein Jahr und neun Monate Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes in Verbindung mit schwerem Diebstahl. Die Schutzfrage auf Nötigung wurde verneint. Die Strafe wurde für Steigner deshalb höher bemessen als für Ebel, weil er aus gewinnsüchtigen Motiven gehandelt hatte.

Urteil im bayerischen Kommunistenprozeß.

Leipzig, 16. Jan. In dem Prozeß gegen die bayerischen Kommunisten Mayer, Simmet und Genossen wurde heute folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten Mayer und Simmet werden wegen Vergehens gegen § 7 des Republikschutzgesetzes und Beihilfe zum Hochverrat verurteilt. Mayer erhält vier Jahre sechs Monate Gefängnis und 400 M. Geldstrafe. Simmet zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe. Ihnen wurden zehn Monate der Freiheits- und die Geldstrafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet. Gegen fünf Angeklagte wird auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren eingestellt.

Dr. Eckener in Hannover.

Hannover, 17. Jan. Zu dem für heute vormittag angekündigten Vortrag Dr. Eckeners, zu dessen Begrüßung gestern die Hannoversche Presse im Festsaal des alten Rathauses einen Empfangsabend veranstaltete, hatte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft im städt. Opern- und Schauspielhaus eingefunden. Dr. Eckener sprach etwa 1½ Stunden über den Sinn und die Bedeutung der Zeppelin-Eckener-Spende. Deutschland befinde sich, sagte er, gewiß in einer schweren Notlage, wenn aber die Friedrichshafener Werke, die bisher von der Substanz gelebt hätten, nicht zugrundegehen sollten, so müßten ihnen jetzt unbedingt die notwendigen Mittel gegeben werden. Er fordere daher alle auf, sie zur Verfügung zu stellen. Dr. Eckener, der weiter die in der letzten Zeit gegen ihn und die Sammlung gerichteten Angriffe zurückwies, verbreitete sich auch in längeren Ausführungen über den geplanten Polflug und über die Ueberlegenheit des Luftschiffes gegenüber dem Flugzeug. An eine interessante Schilderung seiner Amerikafahrt mit Z.R. 3. und seines Aufenthalts in Amerika schloß Dr. Eckener einen nochmaligen Appell, daß jeder zum Gelingen der Zeppelinspende beitragen möge.

Dr. Luthers Kabinett.

Berlin 17. Jan. In der achten Abendstunde wurde gestern im Reichstag folgenden Ministerliste als wahrscheinlich genannt:

Reichskanzler: Dr. Luther.
Aeußeres: Dr. Stresemann, D. Vp.
Inneres: Koch, D.d.P.
Wirtschaft: Bürger-Köln, Ztr.
Finanzen: Reinhold, D.d.P.
Arbeit: Dr. Brauns, Ztr.
Ernährung: Hepp, B. Vp.
Verkehr: Dr. Krone, D. Vp.
Justiz und besetzte Gebiete: Dr. Marx, Ztr.
Post: Stingl, B. Vp.
Reichswehrminister: Dr. Geßler.

Berlin, 17. Jan. Am Sonntag nachmittag ist es Dr. Luther endlich gelungen, bis auf einen kleinen Rest die Widerstände wegzuräumen, die sich seinen Bemühungen um das neue Kabinett entgegenstellten. Man ist im Prinzip über die Verteilung der Sitze einig geworden. Die letzten Einzelheiten sollen am Montag zwischen Kanzler und Fraktionen erörtert worden. Es ist möglich, daß beispielsweise Herr Bürger vom Zentrum statt des Herrn Reinhold die Finanzen übernimmt, um diesem das Reichswirtschaftsministerium zu erteilen. Die einzige Schwierigkeit, die Dr. Luther noch zu überwinden haben wird, kommt von der Seite der Bayerischen Volkspartei her. Sie möchte Herrn Koch nicht als Reichsinnenminister und hat sich infolgedessen ihre Entscheidung noch vorbehalten. Daß diese Gruppe das Werk Dr. Luthers noch im letzten Moment zerschlagen könnte, glaubt niemand. Herr Dr. Geßler wird aller Voraussicht nach noch im Amte bleiben. Er hat sich, nachdem Reichskanzler und Reichspräsident vergebens auf ihn eingewirkt haben, schließlich der Ueberredungskunst des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns gefügt. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß Dr. Geßler, dessen Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig läßt, einen Urlaub von mehreren Monaten bewilligt bekommt, währenddem ihn vermutlich Dr. Luther selbst vertreten dürfte.

Berlin, 17. Jan. Für morgen Montag nachmittags 6 Uhr ist, der „Voss. Ztg." zufolge, eine neue Besprechung Dr. Luthers mit den Fraktionsvorsitzenden vereinbart, in der die Fraktionsbeschlüsse mitgeteilt und die Zustimmungen zu der Ministerliste formell erteilt werden sollen. Unmittelbar darauf wird Dr. Luther sich zum Reichspräsidenten begeben, um die Ernennung der neuen Reichsminister vollziehen zu lassen. Wie das Blatt wissen will, ist vorgesehen, daß die erste Sitzung des neuen Kabinetts, in welcher die Regierungserklärung beraten werden soll, am Dienstag stattfindet. Am Mittwoch soll die Vorstellung der neuen Regierung im Reichstage erfolgen. Der für das Reichswirtschaftsministerium vorgesehene Direktor des A. Schaafhausenschen Bankvereins in Köln, Geheimrat Bürger, ist gestern abend zur persönlichen Aussprache mit Dr. Luther nach Berlin berufen worden.

Festnahme eines polnischen Räubers in Berlin.

Berlin, 18. Jan. Gestern wurde in einer Schankwirtschaft in der Koppenstraße ein Mann von der Polizei festgenommen, der mit anderen Gästen der Wirtschaft Streit angefangen hatte. Auf der Polizeiwache fand man bei ihm außer einem geladenen Revolver eine Flasche mit Strychnin. Wie sich herausstellte, handelt es sich um das Mitglied einer polnischen Räuberbande, die von Berlin aus Raubzüge in die Provinz unternommen hatte. Das Gift diente zur Beseitigung der Hofhunde. Bei der Festnahme trug der Räuber einen eleganten Sportpelz mit Opossumkragen.

Roßbachs und Ehrhardts Wiederaufleben.

Berlin, 17. Jan. Nach Aufhebung des Haftbefehls auf Grund der Amnestie ist der frühere Oberleutnant Roßbach jetzt von Salzburg nach München zurückgekehrt. Er betrachtet sich als Führer der völkischen Wehrjugend Münchens und beginnt sofort eine Agitations- und Propagandareise, die ihn über Nürnberg nach Berlin führen wird. Auch Ehrhardt hat ein umfangreiches politisches Programm ausgearbeitet, durch dessen Veröffentlichung er neue Anhänger zu gewinnen hofft. Wie die „Breslauer Volkswacht" meldet, ist der Mörder des während des Kapp-Putsches ermordeten Redakteur Schottländer nunmehr festgestellt worden. Es ist der ehemalige Ulanenoffizier von Pannwitz aus Bodzanowitz. v. Pannwitz lebte unter dem Namen v. Bargen. Seine Festnahme ist noch nicht erfolgt.

Volksentscheid über die Fürstenabfindungen?

Berlin, 17. Jan. Der sozialdemokratische Parteiausschuß ist auf den kommenden Dienstag einberufen worden. Der Parteiausschuß soll auf Beschluß des Parteivorstandes die organisatorische Vorbereitung für ihren Volksentscheid über die Fürstenabfindung treffen. Der Parteivorstand, heißt es in der Erklärung, sei zu keinem Entschluß gekommen, weil er nicht mehr an die Möglichkeit glaube, im Reichstag eine Lösung zu erzielen, die dem Rechtsempfinden des Volkes einigermaßen entspreche. Inzwischen nahmen die Bemühungen um ein Kompromiß festere Gestalt an. Es soll beim Reichsgericht ein besonderer Schiedsgerichtshof eingerichtet werden, der — aus Berufsrichtern und höheren Verwaltungsbeamten zusammengesetzt — über alle Abfindungs- und Aufwertungsansprüche der ehemaligen Fürsten endgültig zu entscheiden hätte. Wir hatten gemeint, eine solche Lösung würde unter Umständen auch den Beifall der Sozialdemokratie finden. Jedenfalls hatte man in den Kreisen des Rechtsausschusses das gehofft. Allein der „Vorwärts" erklärte gestern abend: Bei der Sozialdemokratie müßte die vorgeschlagene Regelung „die allergrößten Bedenken auslösen". Noch früher als die Sozialdemokraten sind die Kommunisten aufgestanden. Sie haben einen Entwurf über den Volksentscheid bereits eingebracht, indem sie kurzerhand die entschädigungslose Enteignung der Fürsten verlangen. Von diesem Antrag meint der „Vorwärts" sehr richtig: Es handle sich dabei um nichts anderes, als eine Parteisache der Kommunisten.

Aus dem Eise befreit.

Berlin, 17. Jan. Das Linienschiff „Hessen" traf bei seinem am Freitag unternommenen Vorstoß westlich von Hogland auf einen Geleitzug, der aus vier Eisbrechern und acht Dampfern bestand. Der Geleitzug ist überraschend schnell vorwärts gekommen, da die Russen nunmehr mit fünf Eisbrechern arbeiten. In dem Convoy befanden sich „Clara Blumenfeld", „Hans Leonhardt", „Phila", „Rheingold" und „Hornsee", sowie drei Russen. Die „Hessen" hat heute morgen an das Motorschiff „Hans Leonhardt" Proviant gegeben, führt es jetzt in freies Wasser und geht dann wieder nach Reval zur weiteren Hilfeleistung.

Reval, 17. Jan. Sieben aus dem Packeis befreite Dampfer trafen zusammen mit drei russischen Eisbrechern hier ein. Fünf andere Dampfer kamen in Begleitung des Linienschiffes „Hessen" und eines Eisbrechers auf der Fahrt nach Westen im offenen Wasser an Reval vorbei. Der Seeverkehr wird hier ohne Hilfe von Eisbrechern aufrechterhalten.

Die Rede MacGarrahs.

Berlin, 16. Jan. Wolffs Telegraphisches Büro meldet: Der gestern aus Newyork telegraphierte Auszug aus der Rede MacGarrahs war so knapp, daß sein Schlußsatz zu Mißverständnissen Veranlassung gab. Wir haben deshalb nochmals Bericht aus Newyork angefordert und erhalten nunmehr folgendes Telegramm:

Newyork, 16. Jan. MacGarrah sagte: Wir sehen wie das deutsche Volk, nachdem der Mechanismus des Dawesplanes geschaffen ist, aus dem Bankerott auftaucht. Seine Kolonien sind dahin; der Umfang seines früheren großen Absatzmarktes in Rußland ist jetzt praktisch bedeutungslos; sein privates Kapital ist begrenzt und das Auslandskapital natürlicherweise zurückhaltend; das Land ist übervölkert; die Löhne sind niedrig und die Kosten des Lebens hoch, die deutschen Grenzen sind von Zollschranken umgeben, die vor dem Krieg nicht bestanden haben — das sind die Bedingungen, unter denen Deutschland sich gezwungen sieht, Aufbauarbeit zu leisten und mit den Zahlungen zu beginnen. Sie interessieren sich für die Frage der Reparationszahlungen. — „Kann und wird das deutsche Volk zahlen?" Ich zögere nicht zu antworten: Es wird zahlen, wenn es kann!" und außerdem: „Das deutsche Volk wird unzweifelhaft zu seiner Zeit zahlen können!" Man kann nicht verfehlen, von Zeit zu Zeit den ausgesprochenen Wechsel zu bemerken, der im Geist des deutschen Volkes eingetreten ist. Wenn ein Volk den Willen und das Bestreben hat, 10 bis 14 Stunden am Tag jede Arbeit zu tun, zu der sich Gelegenheit bietet, wenn eine Frau einem Pferd oder einer Kuh helfen will, eine Last zu ziehen und wenn ein Knabe einen Gartenpflug ziehen will, während sein Vater ihn lenkt, dann muß notwendigerweise dabei auf dem Weg zu Einkünften und Ersparnissen etwas herauskommen. Letzten Endes müssen vom deutschen Volk selbst die Ersparnisse kommen, die den Hauptteil des für industrielle Unternehmungen notwendigen Kapitals schaffen werden.

Newyork, 16. Jan. Der Präsident des Bond-Club Granberry erläßt eine Erklärung über die gestrige Rede Mac Garrahs, worin er sagt: Die Erörterungen Mac Garrahs standen nicht im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan. Es waren bei der Rede über 300 Mitglieder des Klubs anwesend, und jedes von ihnen hatte von Mac Garrahs freundlicher Gesinnung gegenüber Deutschland und seinem Optimismus in Bezug auf die Aussichten für die Zukunft einen tiefen Eindruck. Mac Garrahs zollte in der Tat dem deutschen Volke einen wirklichen Tribut. Es ist schade, daß eine so freundliche und aufbauende Bemerkung durch ihre Uebersetzung ins Deutsche so entstellt wurde, um die entgegengesetzte Meinung zu erwecken. Daran kann nur ein Mißverständnis bei der Uebersetzung Schuld tragen. Das deutsche Volk hat keinen besseren Freund in den Vereinigten Staaten als Mac Garrah.

Kundgebung gegen den Verkauf der russischen Kronjuwelen.

Wie der „Newyork Herald" berichtet, wird in russischen Monarchistenkreisen eine Kundgebung verbreitet, um den Verkauf der Kronjuwelen der Zarenfamilie in den verschiedenen Hauptstädten, nämlich Amsterdam, Berlin, London, Newyork und Paris zu verhindern. Der Verkauf dieser Kronjuwelen soll dazu dienen, der Sowjetregierung die Herstellung des Budgetgleichgewichts zu ermöglichen.

England zur Besatzungspolitik.

London, 16. Jan. Man bedauert hier Chamberlains Erkrankung, die ziemlich ernst gewesen zu sein scheint, da ein persönliches Eingreifen gegen den wichtigen Einfluß der französischen Militärpartei namentlich in Bezug auf die Stärke der Besatzungsarmee für dringend notwendig gehalten wird. Doch scheint auch bald auf seine Intervention bei Briand gerechnet zu werden. Die „Times" erfahren, Chamberlain habe seinen Plan, Tunis zu besuchen, wegen seiner Krankheit aufgegeben und werde wahrscheinlich früher, als erwartet, nach London zurückkehren. Wahrscheinlich wird er seine Reise in Paris unterbrechen, um mit Briand zusammenzutreffen. Wie verlautet, sind im Foreign Office dringende diplomatische Verhandlungen durch die in Deutschland über die Höhe der Besatzungsarmee hervorgerufene Erregung und das Nichtinnehalten der in Locarno gegebenen Versprechen eingegangen. Die englischen maßgebenden Kreise bedauern die Hartnäckigkeit der französischen Militärbehörde. — Chamberlain wird jedenfalls sein Aeußerstes tun, um Briand zum Herabsetzen der Besatzungsstärke zu bewegen.

Die Leitung der Expedition Amundsens wird, wie aus Oslo gemeldet wird, ebenso wie bei der vorjährigen, in den Händen Amundsens und Lincolns-Ellsworth gemeinsam liegen. Vor allem wird Ellsworth mit genau den gleichen Rechten an der neuen Expedition teil, die ihm während der Expedition des Jahres 1925 eingeräumt waren. Die Expedition geht unter dem Namen „Amundsen-Ellsworth-Spitzbergen-Alaska-Flug 1926", und der Bericht über ihren Verlauf wird von Amundsen und Ellsworth gemeinschaftlich erstattet. Die administrative Leitung liegt wiederum in den Händen der Norsk Luftfartsforening.

Wohnhausanteil-Versteigerung.

Auf Antrag des **Karl Mappus,** Händlers hier, kommt dessen Hälftiger Anteil an dem Wohngebäude Nr. 251a am unteren Sägerweg hier, bestehend im unteren Stock nebst Bühne, Keller und Stall, sowie 1 a 75 m Garten beim Haus

nächsten **Mittwoch, den 20. Januar 1926, abends ¾7 Uhr,** auf dem hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 6, im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.

Liebhaber sind eingeladen. **Grundbuchamt.**

Neuenbürg.

Verloren

ging am Samstag abend beim Krankenhaus eine **Windjacke.** Gegen Belohnung abzugeben **Wildbaderstr. 404**

Denn ich.
Setze eine sehr gute
Nutz- und Fahrkuh,

fehlerfrei, dem Verkauf aus.
Ad. Merkle.

Husten, Atemnot, Verschleimung.

Schreibe allen gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihrer Qual befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.

Walther Althaus, Heiligenstadt (Eichsfeld) N 92.

Hand-Datumstempel

für Kanzleien und Büros sind sofort lieferbar.

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aenderung der Kraftfahrzeug-Vorschriften.

Die seitherigen Bestimmungen über den Verkehr mit Kraftwagen, Kraträdern und Kleinkrafträdern (VO. vom 15. 3. 1923, R.G.Bl. I S. 175, vom 18. April 1924, R.G.Bl. I S. 413) sind durch die neue Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 5. 12. 1925 (R.G.Bl. I S. 439) teilweise abgeändert worden. Die wesentlichsten Aenderungen sind:

1. Die **Abführung der Verbrennungsgase** muß unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel geschehen; das Ende des Auspuffrohres darf nicht nach abwärts gerichtet sein.
2. **Auspuffklappen** und andere Maßnahmen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen oder auszuschalten, sind **verboten.**
3. Jedes Fahrzeug muß mit **2** in ihrer Wirkung von einander unabhängigen **Bremseinrichtungen** versehen sein, von denen jede auf die Räder einer Achse oder kreuzweise auf die Räder verschiedener Achsen gleichzeitig einwirkt. Eine der beiden Bremseinrichtungen muß feststellbar sein. Bei Kraftfahrzeugen mit Kettenantrieb muß eine Bremseinrichtung unmittelbar auf die Räder oder auf Bestandteile, die mit den Rädern fest verbunden sind, einwirken. Jede Bremseinrichtung muß für sich geeignet sein, das Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Stehen zu bringen. Bei Kraträdern gilt die Vorschrift über die Feststellbarkeit der Bremse nicht.
4. Bei Verwendung eines **Schlußlichtes** oder einer Einrichtung zur Anzeige der Absicht des Anhaltens oder der beabsichtigten Aenderung der Fahrtrichtung darf nur gelbrotes Licht benützt werden.
5. Der Führer ist insbesondere dafür verantwortlich, daß eine **Belästigung** von Personen oder Gefährdung von Fahrwerken **durch Geräusch, Rauch, Dampf oder üblen Geruch in keinem Fall** eintritt.
6. Bei Kraftfahrzeugen von mehr als 5,5 Tonnen Gesamtgewicht beträgt die **höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit** bei Luft- oder hochelastischer Vollgummibereifung 30 Kilometer, bei anderer Vollgummibereifung 25 Kilometer in der Stunde. Bei Mitführen von Anhängern beträgt die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit bei allen Kraftfahrzeugen innerhalb geschlossener Ortsteile 16 Km. in der Stunde. Die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge bis zu 5,5 Tonnen Gesamtgewicht innerhalb geschlossener Ortsteile beträgt **nach wie vor 30 Km. in der Stunde.**
7. Innerhalb geschlossener Ortsteile dürfen **Warnungszeichen** nur mit der vorschriftsmäßigen Hupe abgegeben werden; die Warnungszeichen müssen kurz, ihre Klangfarbe und Klangstärke so beschaffen sein, daß im Gefahrbereich befindliche Personen gewarnt, im weiteren Umkreis befindliche Personen aber nicht belästigt werden. Außerhalb geschlossener Ortsteile darf auch eine Pfeife benutzt werden. Die Benutzung von Signalinstrumenten zur Abgabe von anderen als Warnungszeichen, insbesondere von Aufzeichen, ist innerhalb geschlossener Ortsteile verboten.
8. **Vollgummireifen** müssen bei Kraftfahrzeugen, deren Gewicht im beladenen oder unbeladenen Zustand 2,5 Tonnen oder deren Höchstgeschwindigkeit auf ebener Bahn 15 Kilometer in der Stunde übersteigt, einschließlich Stahlband auch im abgenutzten Zustand mindestens 50 Millimeter stark sein. Dreiachsige Kraftfahrzeuge, deren betriebsfertiges Gewicht im beladenen oder unbeladenen Zustand 9 Tonnen übersteigt, müssen mit Luftreifen versehen sein.
9. Bei Anhängern müssen die Vollgummireifen einschließlich Stahlband auch im abgenutzten Zustand mindestens 50 Millimeter stark sein, wenn das Gewicht des Anhängewagens im beladenen oder unbeladenen Zustand 2,5 Tonnen übersteigt.
10. Auch soweit **eisenbereifte Anhänger** ausnahmsweise gestattet sind, darf ein Lastkraftfahrzeug nie mehr als einen eisenbereiften Anhänger mit sich führen und dabei innerhalb Etters eine Geschwindigkeit von 8 Kilometern, außerhalb Etters von 12 Kilometern, nicht überschreiten.
11. **Lastkraftwagen** müssen an der linken Seite mit einem **Spiegel** versehen sein, der dem Führer die Beobachtung der Fahrbahn nach rückwärts ermöglicht.
12. **Zugmaschinen** ohne Güterraderaum (z. B. die sog. Bulldoggs, Radschlepper und dergl.) sind **zulassungspflichtig.** Sofern das Eigengewicht 3,5 Tonnen = 70 Ztr. und die Höchstgeschwindigkeit auf ebener Bahn 15 Kilometer/Stunde nicht übersteigen, sind Führerschein und Kennzeichnung nicht erforderlich. Dagegen müssen die Zugmaschinen bei Dunkelheit oder starkem Nebel außer den zwei vorderen Laternen eine weitere Laterne führen, die weißes oder gelbrotes Licht nach hinten wirft. Bei Mitführen von Anhängern muß die Laterne am Schluß des Zuges angebracht sein.
13. **Kleinkrafträder** sind nur noch solche Kraträder, deren Steuernutzleistung bei einem Außendurchmesser der Radreifen von mehr als 40 Zentimeter = 0,7 PS., bei kleinerem Durchmesser 0,9 PS., nicht übersteigt.
14. **Auch Kleinkrafträder brauchen von jetzt an eine polizeiliche Erkennungsnummer,** die vom Oberamt auf Antrag ausgegeben wird, abgestempelt werden muß und bei Dunkelheit zu beleuchten ist.
15. **Die Vorschriften Ziffer 2—12 sind bereits in Kraft getreten, Ziffer 1, 13 und 14 treten am 1. März 1926 in Kraft.**
16. **Bis zum 1. März 1926** sind die Auspuffklappen von allen bereits zugelassenen Kraftfahrzeugen zu entfernen und andere Maßnahmen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen oder auszuschalten, zu beseitigen; bis zum gleichen Tage sind Auspuffrohre, die abwärts gerichtet sind, abzuändern. In der Uebergangszeit ist das Oeffnen noch vorhandener Auspuffklappen innerhalb geschlossener Ortsteile verboten. Ebenso sind die Fahrzeuge mit den vorgeschriebenen Bremseinrichtungen zu versehen.

Die Halter und Führer von Kraftfahrzeugen werden ersucht, für alsbaldige Aenderung ihrer Wagen im Sinne vorstehender Vorschriften Sorge zu tragen bzw. die Zulassung von Kleinkrafträdern zu veranlassen. Das Oberamt wird nach Ablauf der in Ziffer 16 erwähnten Frist die Vorführung sämtlicher zugelassenen Fahrzeuge anordnen und nach Behebung aller Anstände einen entsprechenden Vermerk in der Zulassungsbescheinigung eintragen.

Neuenbürg, den 12. Jan. 1926. **Oberamt.**
Lempp.

Forstamt Herrenalb.

Stangen- u. Schicht-Derbholz-Verkauf

am **Donnerstag, den 21 Januar 1926,** vorm. 10 Uhr, in Herrenalb auf dem Rathaus aus Staatswald Distr. Hardtberg Abt. 1, Distr. Rennberg Abt. 1, 2, 9, 13, 14, 18, 21 bis 24, Distr. Rotensol Abtl. 4, 6, 7, 11, Distr. Brentenwald Abt. 2, 4, 11, 16, 22, Distr. VI Maienberg Schörfighalde Abt. 1—19, Distr. Artloh Abt. 18, 19, Distr. Wurstberg Abt. 1—12:

Beigholz: Rm.: Buch. Schtr. 2, buch Pgl. 2. Nadelholz-Schtr. 1, Pgl. 7, Nadelh.-Anbruch 507.

Stangen aus Abt. Schweizerkopf: Hag III. 51, Hopf. I. 100, II. 505, III. 240, IV. 210, V. 560, Rebst. I. 1765, II. 750, Bohnenst. 205 St.

Los-Verzeichnisse durch das Forstamt

Gesucht werden per sofort

3000 Mk.

bei erstklassiger Hypothek. Zeit und Zins nach Uebereinkunft.

Angebote unter Chiffre 100 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Gräfenhausen.

Zu verkaufen eine noch gut erhaltene

Nähmaschine

(Singer).

Haus Nr. 26

Calmbach.

Eine hochträchtige, ältere

Kuh

setzt dem Verkauf aus

Christian Bott,
Höfener Str. 90.

Arbeitsvergebung.

Für den **Neubau eines Beamtenwohnhauses in Schwann,** Bauherrschaft Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station, sind die

Grab-, Maurer- und Betonarbeiten, Zimmer-, Dachdecker-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Flaschner-, Schmied-, Maler-, Tapezier- und Verschindelungsarbeiten, sowie Boden- und Wandbeläge

in Akkord zu vergeben.

Die erforderlichen Unterlagen liegen von Dienstag den 19. ds. bis einschließlich Samstag den 23. ds., jeweils vormittags 8—12 Uhr, auf dem Rathaus in Schwann zur gef. Einsicht auf.

Die Offerten wollen spätestens bis **27. Januar 1926** bei der Bauherrschaft in Teinach eingereicht werden. Zuschlagsfrist 5 Tage. Die Wahl unter den Bewerbern behält sich die Bauherrschaft vor.

Feldrennach, den 16. Januar 1926.

Hermann Kling, Architekt.

Maul- und Klauenseuche.

In **Pfaffenrot,** bad. Bez.-Amts Ettlingen, ist die Seuche **ausgebrochen.**

Aus diesem Grunde kommen zu den nach der oberamtlichen Bekanntmachung vom 4. Januar 1926 — „Enztäler" Nr. 4 — im **15 Km.-Umkreis** liegenden Bezirksgemeinden hinzu die Orte Loffenau, Herrenalb, Bernbach, Rotenfels, Neusatz und Dobel.

Neuenbürg, den 16. Jan. 1926. **Oberamt:**
Amtsverw. Deckel.

Langenbrand.

Zwangsversteigerung.

Am **Dienstag den 19. Januar,** vormittags 10 Uhr verkaufe ich in Langenbrand eine **Dreschmaschine mit Schüttelvorrichtung** und eine **Backnechtmühle**

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieher Hildenbrand.

Fridl Berweck
Bruno v. Langsdorff

Verlobte

Karlsruhe/Pfinzweiler, 17. Januar 1926.

Herrenalb, 16. Januar 1926.

Todes-Anzeige.

Unsere liebe, gute Mutter und Tante

Frau Sofie Bohm,

geb. Beck,

ist heute vormittag sanft entschlafen.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag, den 19. Januar, nachmittags 1/4 4 Uhr.

Dobel, den 16. Januar 1926.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater

Wilhelm Bott alt, Zimmermeister,

heute abend im 84. Lebensjahre nach längerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen,

Beerdigung: Dienstag, 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, in Dobel.

Mein

Inventur-Ausverkauf

dauert nur noch:

Montag,	Dienstag,	Mittwoch,	Donnnerstag,
18. Januar	19. Januar	20. Januar	21. Januar.

Ganz bedeutende

Preis-Ermäßigungen

auf mein gesamtes Warenlager.

Besonders billig:

Mantel-Stoffe · Bett-Damaste · Schlaf-Decken.

Lellbach, Pforzheim,
Leopoldstraße 7, I. Stock.

Neuenburg.

1 Schlitten, 1 Pol[illegible] divan, 1 lackierter [illegible]derkasten, 1 eiserne [illegible]lade mit Matratz[illegible], runder Tisch, 1 Na[illegible]tischchen, zwei Kleid[illegible]ständer, 1 Vogelk[illegible], 1 Akkordzither,

alles gut erhalten, zu verka[illegible]

Alte Pforzheimer Str. [illegible]

Höfen a. E.

Ich nehme hiemit die [illegible] Herrn Werkführer Hubert [illegible] seine Ehefrau ausgesprochenen Beleidigungen unter dem Eindruck des Bedauerns

zurück.

Den 15. Januar 1926.

Wilhelm Großmann
Ph. E. Sohn.

Malaga, Likör, Cognac, Sekt, Branntwein, Verschnitt- und deutsche Weine

empfiehlt zu billigsten Tagespreisen

Friedr. Knölle
Weinhandlung.
Höfen a. Enz.